

# Kommentar:

## Ein trister Jahrestag

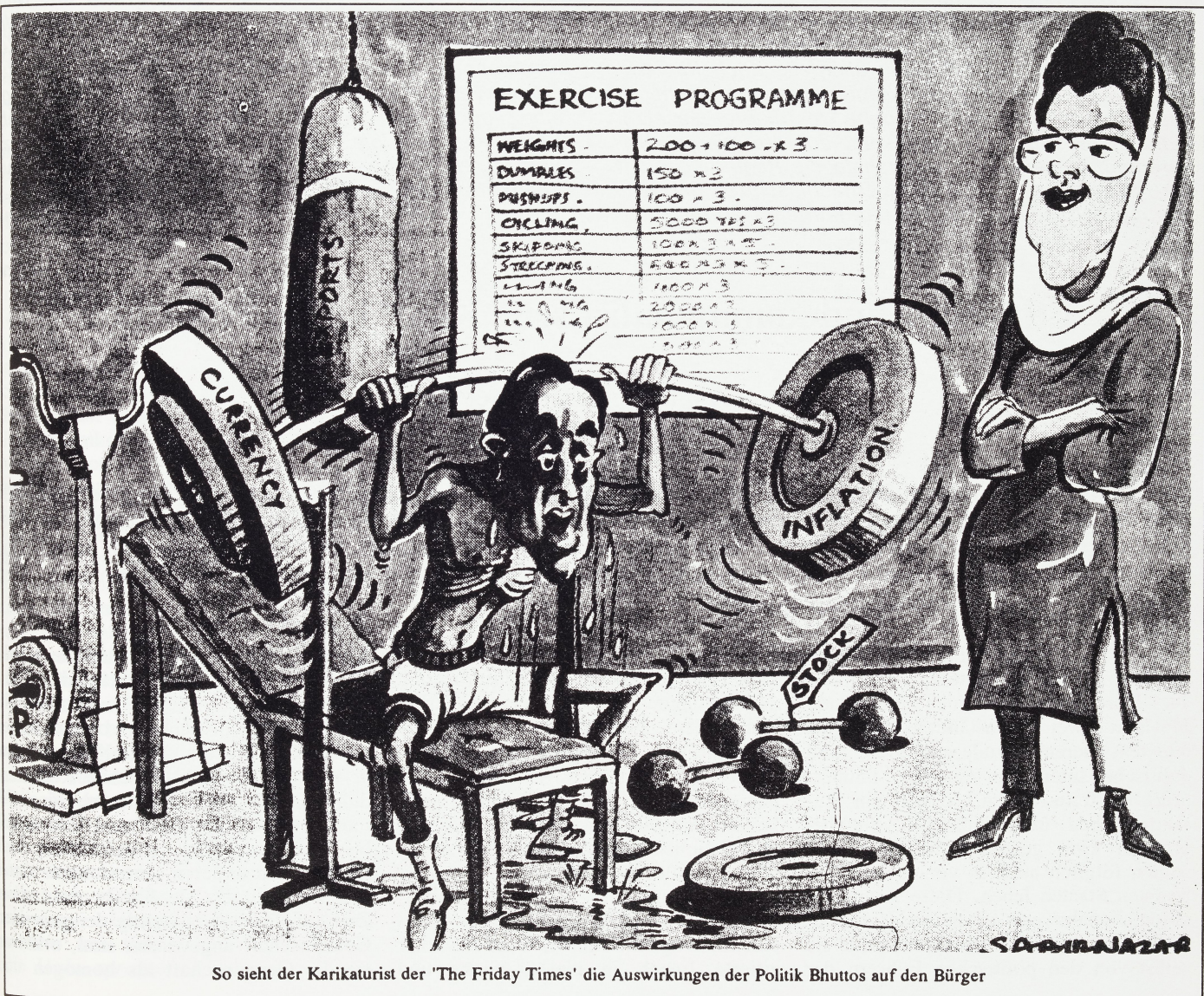
### Benazir Bhuttos zweite Amtszeit

Im Oktober 1993 löste Benazir Bhutto ihren Vorgänger Mian Nawaz Sharif als Premierministerin ab und begann ihre zweite Amtszeit. Sicherlich ist es nicht notwendig, diese ersten beiden Jahre mit der Meßlatte ihres Rivalen und jetzigen Oppositionsführers Sharif zu messen. Als Premierministerin macht sie allerdings keine bessere Figur als ihr Vorgänger und bleibt weit hinter ihren Versprechungen zurück.

Frau Bhutto begann ihre zweite Amtsperiode unter recht günstigen Voraussetzungen. So gehört der Staatspräsident ihrer Partei, der 'Pakistan Peoples Party' (PPP), an. Zudem hatte sich die Mehrheit der kleineren Parteien zu einem Bündnis mit ihr bereit erklärt und sie als das kleinere Übel angesehen. Zudem besaß ihre Partei im Sindh die Regierungsmehrheit, im

Punjab ist eine von der PPP angeführte Koalition an der Macht und selbst in der 'North West Frontier Province' (NWFP) waren die Aussichten für eine Regierungsübernahme günstig. Schließlich hatte sich die Regierungschefin auch der Neutralität und Verfassungstreue der Armee versichert.

Die Bruchstücke ihrer Politik liegen nun aber wie Unrat weit verstreut. Dies zeigt sich insbesondere in Karachi. Dort hat Benazir Bhutto zu spät erkannt, daß der Terrorismus auf politische Ursachen zurückgeht und nicht alleine mit polizeilichen und militärischen Mitteln bekämpft werden kann. Erst nachdem die Kämpfe anhielten, ging Frau Bhutto auch zu politischen Verhandlungen über, die jedoch aussichtslos erscheinen. Die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung



So sieht der Karikaturist der 'The Friday Times' die Auswirkungen der Politik Bhuttos auf den Bürger

treffen vor allem auch die Zivilbevölkerung, die mehr und mehr das Vertrauen auf eine friedliche Lösung sowie in die Regierung verliert. Derzeit geht man davon aus, daß ihre Partei bei Neuwahlen mehr als die Hälfte ihrer derzeitigen Mandate verlieren könnte.

Die dramatische Lage in Karachi schlägt auch landesweit Wellen. Die Staatsbank zeichnete erst kürzlich ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Situation. Nahezu in allen Bereichen gibt es Probleme und Fehlentwicklungen: in der Industrie und Nahrungsmittelproduktion, bei Exporten und Investitionen, eine hohe Inflation und wachsende Staatsausgaben. Korruption breitet sich zunehmend aus und die 'law and order'-Situation verschlechtert sich auch außerhalb Karachis. Die eigenen Anstrengungen reichen nicht aus, um das Defizit im Staatshaushalt in den Griff zu bekommen und aus Übersee ist wenig Hoffnung zu erwarten. Es wird vermutet, daß die Überweisungen des Internationalen Währungsfonds in diesem Jahr zurückgehalten werden. In diesem Fall ist es unmöglich, den Haushalt auszugleichen.

Zugegebenermaßen stand die Opposition vom ersten Tag an auf Kriegsfuß mit der zweiten Bhutto-Regierung. Dabei übernahm sie sich allerdings im Zuge der ständigen Appelle zur Ablösung der Bhutto-Regierung und dem anhaltenden Ruf nach Neuwahlen. Hierdurch hätte sich die Regierung aber nicht dazu verleiten lassen dürfen, im Gegenzug die Opposition in die Enge zu drängen und letztlich das gesetzgebende Parlament durch Verordnungen des Präsidenten zu entmachten. In den Augen der Opposition sind die demokratischen Gremien nun allenfalls noch Papiertiger. Zudem hielt sich die Regierungspartei nicht an das Versprechen, verschiedene restriktive Gesetze, wie z.B. das Blasphemiegesetz, zu reformieren. Unverständlich bleibt auch, weshalb die Regierung nicht die Probleme der lange Zeit vernachlässigten Bereiche Bildung und Gesundheitsdienste aufgegriffen hat.

Die jüngste Kritik an Islamabad aus Kabul sowie die dortige Attacke auf die pakistanische Botschaft werfen die pakistanische Außenpolitik weit zurück und entlarven das amateurhafte Vorgehen bei der Suche nach Verbündeten unter den verfeindeten afghanischen Fraktionen. Ist Islamabad tatsächlich unschuldig an dem vermeintlich plötzlichen Meinungsumschwung in Kabul?

Im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wird das 'Brown Amendment', sofern es denn verabschiedet wird, neben den Materiallieferungen an das Militär etwas Erleichterung bringen. Es bleibt allerdings die Frage offen, ob Frau Bhutto während ihrer jüngsten Auslandsreise tatsächlich die politische Bedeutung Pakistans dauerhaft verbessern konnte?

Die Premierministerin hat nahezu all ihre Energie verwendet, um sich in ihrem Amt zu behaupten, und ist doch nicht von der Stelle gekommen. Der Rückblick auf ihre beiden Regierungsjahre ruft keine Begeisterung hervor. Vielmehr zeigte sich im Verlauf dieser Periode eine zunehmende Schwächung der Institutionen, ein starker Orientierungsverlust und ein ständig stärker werdendes Gefühl allgemeiner Hoffnungslosigkeit.

Noch verbleiben Frau Bhutto drei Jahre ihrer Regierungszeit und es hat den Anschein, daß die derzeit schwache Opposition keine ernsthafte Gefährdung für sie darstellt. Trotz ihrer großangelegten Protestkampagnen schießt die Opposition insgeheim auf das Militär und hofft auf dessen erneute Einmischung in die Innenpolitik (siehe Beitrag von Jorge Scholz im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Rüstungswettlauf in Südasiens). Damit legt sie allerdings ein Zeugnis ihrer eigenen politischen Schwäche ab. Umso wichtiger bleibt jedoch die Frage, was Benazir Bhutto aus ihrer verbleibenden Amtszeit macht. Ihre Politik muß sich ändern, und dies sehr umfassend!

(Übersetzung aus 'The Friday Times', J. Clemens)

## Ethnische und kommunalistische Konflikte in Pakistan

Asghar Ali Engineer

Mehrfach hat 'Südasiens' bereits über die Unruhen berichtet, unter denen Karachi seit längerer Zeit leidet. Selbst die ethnischen und kommunalen Konflikte, die Indien im Verlauf seiner konfliktreichen Geschichte durchlebte, reichen nicht an das heran, was sich dort abspielt. Der Autor erklärt im folgenden Beitrag die komplexe Struktur des ethnischen und sektiererischen Konfliktes in der größten und wirtschaftlich bedeutendsten Stadt Pakistans.

Der Chefideologe Pakistans, Mohammad Ali Jinnah, hatte zu Beginn der 40er Jahre theoretisiert, daß Hindus und Moslems zwei eigenständige Nationen bildeten, deren soziale, religiöse und politische Interessen einander unüberbrückbar fremd seien, so daß ein Zusammenleben unmöglich sei. Sie begründen zwei getrennte Nationen und sollten folglich auch in voneinander getrennten Staaten leben. Diese Argumentation Jinnahs war offenkundig falsch, doch im zeitgemäßen Kontext wurde sie selbst von den politischen Führern der

'Congress'-Partei akzeptiert und unser Land geteilt. Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Veer Savarkar und andere Führer der 'Hindu Mahasabha', wie Bai Parmanand, mit dem Führer der 'Muslim Liga' dahingehend uneingeschränkt übereinstimmten, daß Hindus und Moslems zwei unterschiedliche Nationen repräsentierten, deren Interessen unüberwindbar seien.

Die Sitzung der 'Hindu Mahasabha' 1938 in Ahmedabad zeigte völlige Übereinstimmung mit Jinnah, Veer Savarkar zitierte Jinnah in diesem Sinne und

stimmte mit ihm überein, daß die beiden Gemeinschaften zwei unterschiedliche Nationen konstituieren. Die Kommunisten der verschiedensten couleur haben offensichtlich gemeinsame Konzepte und verwenden übereinstimmende Redewendungen. Sie erachten eine religiöse Gemeinschaft als homogen und kehren dabei alle ethnischen, sprachlichen, kulturellen und anderen Unterschiede unter den Teppich. Da sie für ihr politisches Ziel auf die Unterstützung der gesamten Gemeinschaft angewiesen sind, erklären sie die Gemeinschaft als homogen und